

Abschlussbericht der Koordinierungsgruppe Finanz- und Steuerpolitik von Bündnis 90/Die Grünen

Einleitung

Der Bundesvorstand hat am 17. Juli 2014 die Einrichtung der Koordinierungsgruppe Finanz- und Steuerpolitik beschlossen. Der Auftrag an die Koordinierungsgruppe bestand darin, in einem umfassenden und geordneten Verfahren die Instrumente für eine **ökologische, solide, soziale, wettbewerbsfähige und generationengerechte Finanzpolitik** zu diskutieren sowie die inhaltliche Vorarbeit für die auf den Bundesdelegiertenkonferenzen im Herbst 2016 und Frühjahr 2017 anstehenden Entscheidungen der Gesamtpartei zu leisten. Mit diesem Bericht legt die Koordinierungsgruppe Finanz- und Steuerpolitik dem Bundesvorstand von Bündnis 90 / Die Grünen ihre Empfehlungen vor.

In dieser Kommission haben alle Mitglieder ihre **unterschiedlichen Erfahrungshintergründe** eingebracht, z. B. aus der Regierungs- oder Oppositionsperspektive, beziehungsweise einer eher bundes-, landes-, kommunalpolitischen oder europäischen Sicht. Unser Anspruch dabei ist, dass die Empfehlungen dieses Berichts die unterschiedliche Umstände in unserem Land, sei es für wirtschaftlich prosperierende oder von Wegzug bzw. Strukturschwäche geprägten Regionen, berücksichtigen. Eine geeignete Steuer- und Finanzpolitik zeichnet sich dabei durch ihre dienende Funktion aus, unsere grünen Ziele zu erreichen und Lebensqualität für alle zu schaffen.

Wir stehen vor **großen Herausforderungen**. Die Aufnahme und **Integration** der zu uns flüchtenden Menschen erfordert eine Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Dazu kommen **Klimakrise, demografischer und digitaler Wandel** und **große Unterschiede bei den Lebensverhältnissen** in der Bundesrepublik. Immer neue **Steuerskandale** wie zuletzt die Panama Papers oder cum-ex zeigen, dass wir weit entfernt sind von fairen und gerechten Besteuerungsmaßstäben und Chancengerechtigkeit für alle Unternehmen und Bürger*innen. Der **Verfall der öffentlichen Infrastruktur** in zahlreichen Regionen zeigt, dass wir zu sehr von der Substanz leben. Das ist kurzsichtig und ungerecht gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Die derzeitige gute Finanzlage des Bundes muss für eine Investitionsoffensive in die Zukunft unseres Landes genutzt werden. Wir brauchen eine Finanzpolitik, die es allen staatlichen Ebenen ermöglicht, die **Investitions- und damit auch Innovationsschwäche** zu überwinden.

Aufgrund der guten Konjunktur steigen derzeit die Steuereinnahmen. Die aktuell sich daraus ergebende entspannte **gesamtstaatliche Haushaltssituation** darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die **strukturellen Risiken** weiter bestehen. Vor allem den historisch niedrigen Zinsen und dem demografisch begünstigten hohen Beschäftigungsstand verdanken wir die gegenwärtige positive Bilanz. Ändert sich das Zinsniveau, kann es sehr schnell sehr teuer werden. Weiterhin mangelt es an langfristig tragfähigen Lösungen der **Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa**, die auch begleitet sein muss von einer stärker harmonisierten europäischen Steuerpolitik und einem gemeinsamen Vorgehen gegen Steuerflucht und Steuergestaltung.

Vor allem aber wollen wir mit unserer Steuerpolitik dafür sorgen, dass Deutschland ökologischer und gerechter wird. Eine gerechte Steuer- und Haushaltspolitik muss zugleich **zwei Ziele** verfolgen:

- einerseits die **nötigen Mittel bereitstellen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft** und um den zu **hohen Schuldenstand vieler Gebietskörperschaften zurückführen**,
- andererseits im Sinne von Umverteilung der **starken Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung** in unserer Gesellschaft **Rechnung tragen**.

Die **ökologische Modernisierung**, der **Bildungsaufbruch** und der **soziale Ausgleich** können nur mit einem handlungsfähigen Staat gelingen. Grüne Steuerpolitik stärkt den **Zusammenhalt** unserer Gesellschaft. Wir stehen zu dem aus der Verfassung abgeleiteten **Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit**, der eine umverteilende Wirkung des Steuerrechtes ausdrücklich vorgibt. Außerdem wollen wir das Steuersystem **familien- und geschlechtergerecht** ausgestalten. Grüne Steuerpolitik leistet auch einen Beitrag zur ökologischen Transformation, indem wir die Lenkungswirkung von Steuern nutzen. Weniger und erneuerbarer Ressourcenverbrauch sind dabei unsere zentralen Ziele, denn nur so können wir im Einklang mit den planetarischen Grenzen leben und wirtschaften.

Daraus abgeleitet, fokussieren wir Grüne Steuerpolitik auf **drei Schwerpunkte**:

- **Lebensqualität steigern und die ökologische Finanzreform vorantreiben.**
- **Zusammenhalt stärken, Steuergerechtigkeit schaffen, Steuerflucht bekämpfen**
- **Kinder in den Mittelpunkt der Familienförderung stellen.**

Lebensqualität steigern – Ökologische Finanzreform vorantreiben

Eine intakte Umwelt zum Leben, Natur zum Genießen, Erhalt der Artenvielfalt in unseren Wäldern, Feldern und Gewässern: Wir Grüne sind überzeugt, dass mit der Umsetzung unserer ökologischen Ziele unsere **Lebensqualität** gewinnen wird. Dazu brauchen wir neben der Energiewende die Agrarwende und die Verkehrswende. Mit grüner Steuerpolitik können wir diese Prozesse der ökologischen Modernisierung unterstützen. Damit schaffen wir gleich eine **doppelte Dividende**: Weniger Folgekosten und **weniger Umweltschäden** gehen einher mit höheren **umweltfreundlichen Investitionen**. Der große Gewinner sind wir alle.

Wir wollen wichtige **Klimaschutzprojekte** auf den Weg bringen. So fördern wir den Ausbau einer **klimafreundlichen Verkehrsinfrastruktur** durch Investitionen in Schienen, Radwege und Elektromobilität. Wir forcieren die **Energiewende** durch Förderprogramme zur Wärme- und Energieeffizienz und finanzieren den verstärkten **Ausbau energieeffizienten und bezahlbaren Wohnraums**. Wir bringen die **Agrarwende** voran, damit die Landwirtschaft mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie.

Zur Finanzierung führen wir die **Ökologische Finanzreform** fort und bauen umwelt- und klimaschädliche Subventionen schrittweise ab. Wir erhöhen die Lebensqualität, indem wir die doppelte ökologische Dividende nutzen, die sich aus ökologischen Investitionen und dem **Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen** ergibt, deren Höhe das Umweltbundesamt auf über 50 Mrd. Euro jährlich beziffert.

75 Verkehrswende steuerpolitisch unterstützen

76 Wir fördern den Ausbau einer klimafreundlichen Verkehrsinfrastruktur durch Investitionen in
77 komfortable Busse und Bahnen, ein besseres Schienennetz, mehr Fahrradwege, Elektromobilität und
78 Car-Sharing-Angebote. Unser Ziel ist ein **integriertes Mobilitätssystem**, in dem wir einfach in das am
79 besten passende Verkehrsmittel umsteigen können, um sicher und verlässlich von A nach B zu
80 kommen und damit Lärm, Abgas und Wartezeiten minimieren.

81 Um den Verkehrssektor umweltfreundlicher zu machen, wollen wir die **Privilegien für besonders**
82 **spritschluckende Dienstwagen abschaffen** und die **Luftverkehrsteuer** mit Berücksichtigung des
83 ökologischen Fußabdrucks **reformieren**. Der Absatz von subventioniertem, aber ökologisch
84 schädlichem Diesel stieg seit 2003 um 29 Prozent. Wir werden die **Dieselsubventionen** deshalb
85 **schrittweise zurückführen**, denn für diese Privilegierung gibt es weder eine umwelt- noch eine
86 verkehrspolitische Begründung. Grüne Steuerpolitik hat den Anspruch, **Anreize für ökologisches**
87 **Verhalten** zu schaffen. Lkws, die unsere Umwelt mit Lärm belasten, die Luft verschmutzen und für
88 den Großteil der Straßenschäden verantwortlich sind, sollen an den Kosten zur Beseitigung dieser
89 Schäden beteiligt werden. Dazu streben wir die **Ausweitung der Lkw-Maut** auf alle Bundesstraßen
90 und auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen an und wollen externe Kosten wie Lärm und Luftverschmutzung
91 umfassend in die Berechnung der Mautsätze einbeziehen.

92 Unsere Energiewende: Faire Wärme, 100 Prozent Erneuerbarer Strom und eine energieeffiziente 93 Industrie

94 **Erneuerbare Energien, Effizienz und Energieeinsparung** sind für uns der entscheidende Hebel, die
95 Klimaschutzziele zu erreichen und die Energieversorgung jenseits von Uran, Kohle und Öl ökologisch
96 zu modernisieren.

97 „**Faire Wärme**“ lautet unser Konzept für die Energiewende im Bereich Wohnen. Die so genannte
98 Zweite Miete ist für viele Mieter*innen ebenso schwer zu stemmen, wie die steigenden Kaltmieten in
99 vielen Städten und Gemeinden. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass der Verbrauch von
100 Energie verlässlich gesenkt wird und sich auch Menschen mit geringem Einkommen ein Leben in
101 beliebten Wohnlagen leisten können.

102 Damit die Energiewende gelingt, schlagen wir ein milliardenschweres **Maßnahmenpaket** vor, um
103 Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz anzuschieben. Auch einer **steuerlichen**
104 **Förderung von energetischen Gebäudesanierungen** verschließen wir uns nicht, wenn sie sozial
105 ausgestaltet ist. Innovationen bei der Wärme- und Energieeffizienz fördern wir zusätzlich mit der
106 **steuerlichen Forschungsförderung**. Um das stark steigende Mietniveau in vielen Regionen zu
107 dämpfen, fördern wir den **gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau** mit einer **Investitionszulage**
108 **als Steuergutschrift** für den Neubau von Sozialwohnungen sowie mit **Steuerentlastungen** für
109 gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen.

110 Um unser Ziel „**100 Prozent Erneuerbare**“ im **Strommix** zu erreichen, bleibt das **EEG** das zentrale
111 Instrument. Darüber hinaus unterstützen wir dieses Ziel mit unserer Steuerpolitik. Die **Brenn-**
112 **elementesteuer** muss auch nach Ablauf dieses Jahres erhoben werden, bis das letzte Atomkraftwerk
113 vom Netz geht. Die Steuer ist ein zielsicheres Instrument, um die Stromkonzerne an den

gesellschaftlichen Kosten der Atomkraft zu beteiligen. Damit der europäische Handel für CO₂-Emissionszertifikate kein zahnlöser Tiger bleibt, wollen wir die derzeit **überschüssigen Zertifikate stilllegen** und innerhalb dieses Systems einen **nationalen CO₂-Mindestpreis** etablieren, bis ein europäischer Mindestpreis eingeführt wird.

Die Industrie- und Handelskammer schätzt die Einsparungen durch den gesunkenen **Ölpreis** im letzten Jahr auf mindestens 20 Milliarden Euro. Auch deshalb sehen wir den niedrigen Ölpreis als gute Gelegenheit, um umweltschädliche Steuerprivilegien abzubauen und Investitionen in effiziente Autos, Gebäude und Maschinen anzuschieben. Denn sparsame Infrastruktur ist die beste Versicherung gegen schwankende Energiepreise. **Energie- und Stromsteuerprivilegien** wollen wir nur solchen Unternehmen gewähren, die wirklich energieintensiv sind und im internationalen Wettbewerb stehen. Die **Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdgas und Erdöl**, etwa zur Produktion von Kunststoffen, wollen wir **aufheben**.

Durch die Agrarwende eine Landwirtschaft für bäuerliche Betriebe, Menschen und Umwelt schaffen

Unsere Landwirtschaft sollte nicht gegen sondern mit der Natur arbeiten. Wir wollen eine Landwirtschaft, die Tiere artgerecht behandelt, die das Klima schützt und die Artenvielfalt bewahrt. Die Milliardenhohen europäischen Zuschüsse für die Landwirtschaft wollen wir gerechter verteilen. Wir wollen die **Betriebsprämien degressiv staffeln** und **Kappungsgrenzen einführen**, um die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten. Eine Landwirtschaft, die Bäuerinnen und Bauern jenseits des Wachstums oder Weichens eine Perspektive bietet. Um das zu erreichen, wollen wir **Tierschutz und die Umweltleistungen der Landwirtschaft belohnen** und eine Landwirtschaft fördern, die ohne Gentechnik, Antibiotikamissbrauch und Pestizide arbeitet. Im Gegenzug streben wir an, die **Subventionierung des Agrardiesels abzubauen**, und damit Luft und Klima zu schonen.

Zusammenhalt stärken, Steuergerechtigkeit schaffen, Steuerflucht bekämpfen

Zusammenhalt stärken

Deutschland ist ein wohlhabendes Land – im Durchschnitt. Vielen Menschen geht es gut oder sogar sehr gut. Es gibt eine große Mittelschicht, die weder arm noch reich ist und in Kommunen wohnt, die zwar nicht in Luxus schwimmen, aber in der Lage sind, öffentliche Einrichtungen in guter Qualität vorzuhalten. Deutschland ist aber auch ein **ungleiches Land**. Während beispielsweise in einigen Regionen des Landes nahezu Vollbeschäftigung herrscht, liegt beispielsweise die Jugendarbeitslosigkeit in anderen Gegenden im zweistelligen Bereich. Während in bestimmten Regionen Straßen frisch saniert sind und das Internet in Spitzengeschwindigkeit überall ankommt, zerfällt anderenorts die Infrastruktur, weil die Kommunen seit Jahren überschuldet sind und nicht mehr die Finanzkraft haben, um Straßen, Sport- und Kultureinrichtungen sowie Gebäude instand zu halten. Während viele Familien jeden Euro zweimal umdrehen müssen, steigen andernorts hohe Managergehälter auch dann noch an, wenn die Unternehmen Verluste machen. Zu hohen und nicht nachhaltigen Staatsschulden stehen jedes Jahr wachsende private Geldvermögen gegenüber.

151 Für die Formulierung unserer Steuerpolitik sind uns folgende Aspekte wichtig:

152 Grüne Politik will den **Zusammenhalt der Gesellschaft stärken**, und dem **Auseinanderdriften**
153 **entgegenwirken**. Wir verstehen uns als Gerechtigkeitspartei, schauen dabei aber nicht nur auf die
154 **Verteilungsgerechtigkeit** in Bezug auf Einkommen und Vermögen, sondern auch auf die
155 **Chancengerechtigkeit** und Möglichkeit zum sozialen Aufstieg. Damit die Ungleichheiten nicht den
156 Zusammenhalt in der Gesellschaft und unsere Demokratie gefährden, müssen wir sicherstellen, dass
157 weder Menschen abgehängt werden, noch andere über den Gesetzen stehen und sich der
158 solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens entziehen können. Zudem gibt es gute ökonomische
159 Gründe für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Zu viel Reichtum in den Händen zu weniger Leute
160 gefährdet die wirtschaftliche Dynamik und kann zu Fehlinvestitionen und Preisblasen, etwa auf den
161 Immobilienmärkten führen.

162 Wir sehen folgende **doppelte Herausforderung**:

163 Die **Vermögens- und die Einkommensungleichheit** haben einerseits insgesamt zugenommen und
164 sind zu groß. Dies gilt stärker für die Vermögen als für die Einkommen. Hier haben wir
165 insbesondere die Vermögensarmut der unteren 40 Prozent und die Konzentration von Vermögen
166 bei den obersten 1 Prozent im Blick sowie bezogen auf die Einkommen die Diskrepanz zwischen
167 über lange Jahre schwacher Reallohnentwicklung für viele Arbeitnehmer*innen bei
168 gleichzeitigem starken Anstieg der Gewinn- und Vermögenserträge.

169 Andererseits ist die **Durchlässigkeit**, also die Aufstiegschance bildungsferner, vermögensarmer
170 und einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik im Vergleich zu
171 anderen Ländern zu gering. Ein Kind hat völlig andere Startbedingungen, wenn es aus einem der
172 reichsten zehn Prozent der Haushalte kommt, die knapp drei Viertel des Deutschen
173 Nettovermögens auf sich vereinen, oder in einer Familie aufwächst, die zu der Hälfte der
174 Haushalte gehört, die zusammengenommen gerade einmal 2,5 Prozent des Nettovermögens
175 besitzt. Nicht Talent oder Leistung ist also in großem Maße fürs Vorankommen entscheidend,
176 sondern Herkunft.

177 **Beide Aspekte bedingen sich wechselseitig**: Die fehlende Chancengerechtigkeit verstärkt die
178 ungleiche Verteilung und die wachsende Ungleichverteilung behindert die notwendige Aufstiegs-
179 mobilität, weil die Startchancen in starkem Maße von dem ungleichen Einkommen und Vermögen
180 der Eltern abhängen. Es gibt deshalb keinen Sinn, beide Herausforderungen politisch gegeneinander
181 auszuspielen. Sie müssen zugleich angegangen werden.

182 Steuerpolitik ist dabei nicht das einzige Instrument zur Korrektur dieser Situation: ein **stabiles**
183 **soziales Netz** und gezielte **Unterstützung für Bedürftige**, verstärkte Investitionen in eine hochwertige
184 **Bildungsinfrastruktur**, die niemanden zurücklässt, mehr **Integrationsangebote in den Arbeitsmarkt**,
185 ein **starkes Tarifsystem mit Mindestlohn**, und eine **leistungsfähige Gesundheitsversorgung** für alle.
186 **Effektiver Verbraucherschutz** und **konsequente Wettbewerbspolitik** gegen Monopole und Oligopole
187 sind ebenfalls Instrumente dafür, dass sich Einkommen und Vermögen langfristig gerechter verteilen
188 und die Aufstiegsmobilität verbessert wird.

189 Die **Steuerpolitik** muss folgenden Beitrag leisten:

- 190 1) Einnahmen zur Finanzierung staatlicher Aufgaben sind nach dem **Leistungsfähigkeitsprinzip**
191 zu erzielen. Das gilt gerade auch bei Bildung, Gesundheitswesen, Wohnungsbau – also
192 Maßnahmen, mit denen wir den Zusammenhalt der Gesellschaft und gleiche Startchancen
193 sicherstellen wollen. Das Leistungsfähigkeitsprinzip darf sich aber nicht nur auf die
194 Progressionswirkung der Steuertarife beschränken, sondern muss in der tatsächlichen
195 Steuerzahlung verwirklicht sein. Deshalb nehmen wir auch den Vollzug der Gesetze,
196 Umgehungsmöglichkeiten, Sondertatbestände und Steuerbetrug in den Blick.
- 197 2) Staatliche Fördermaßnahmen müssen die **Verteilungswirkung** im Blick haben. Bei staatlichen
198 Förderprogrammen wie z.B. Wohnungsbauprogrammen bevorzugen wir grundsätzlich
199 Zuschüsse statt Steuererleichterungen, damit alle Förderberechtigten die gleiche Förderhöhe
200 erhalten. Gleiches gilt für die zielgerichtete Entlastung von Beziehern kleiner Einkommen:
201 Diese lässt sich nicht über Veränderungen im Tarifverlauf der Einkommensteuer erreichen,
202 weil diese dann auch für die höheren Einkommen Wirkung entfaltet, sondern nur über
203 Steuergutschriften, steuerfinanzierte Leistungen, familienpolitische Leistungen o.ä.
- 204 3) Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse und der Notwendigkeit, Investitionen in die
205 öffentlichen Infrastruktur und Bildungsinvestitionen zu finanzieren sind unsere steuer-
206 politischen Vorschläge die Voraussetzung dafür, das dafür notwendige **Mehraufkommen** zu
207 erzielen.
- 208 4) Mit der wachsenden Spreizung in der Verteilung von Einkommen und Vermögen und unzu-
209 reichender sozialer Mobilität gibt es einen Bedarf, dem auch **steuerpolitisch** entgegen-
210 zuwirken.
- 211 5) Nicht sämtliche Korrekturen können in einer Legislaturperiode erreicht werden. Wir
212 konzentrieren uns, gerade weil wir die Größe der Herausforderung sehen, auf die Durch-
213 setzung weniger, aber **zielgerichteter Instrumente**.

214 **Steuerflucht bekämpfen**

215 Nachhaltige und gerechte Finanzpolitik braucht als Grundlage **faire Spielregeln auf den Märkten**.
216 Unternehmen sollen unabhängig von Standort und Größe gleiche Wettbewerbsbedingungen haben.
217 Sie sollen mit Produkten und Ideen konkurrieren, nicht mit der Fähigkeit, sich ihren Steuerzahlungen
218 durch Steuergestaltung oder Steuerflucht zu entziehen. Dem Leistungsfähigkeitsprinzip widerspricht
219 die Tatsache, dass multinationale Unternehmen in Deutschland ca. 30 Prozent weniger Ertragsteuern
220 zahlen als vergleichbare national operierende Firmen. Kleine und mittlere Unternehmen tragen so
221 überproportional zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur bei, die
222 Grundlage für die Geschäftstätigkeit und damit Gewinne aller Unternehmen ist.

223 Für uns ist es selbstverständlich, dass Unternehmen wie Bürger*innen, dort Steuern zahlen, wo sie
224 tätig sind, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und der (regionalen) Wertschöpfung. Dies ist ein
225 zentraler Punkt für ein gerechtes Steuersystem. Dazu müssen auch **Steuerbetrug, Schwarzarbeit und**
226 **Geldwäsche konsequent bekämpft** werden. Transparenz ist für uns Grüne Grundvoraussetzung für
227 gerechte globale Steuerregeln. Luxemburg Leaks, Panama Papers und andere Enthüllungen haben

228 gezeigt, dass der Kampf gegen Steuerbetrug, Geldwäsche aber auch legale schädliche Steuer-
229 umgehung deutlich intensiviert werden muss.

230 **Besteuerung von Einkommen**

231 Ab 2017 wird bei der **Einkommensteuer** eine Anpassung des Grundfreibetrages notwendig sein. Zur
232 aufkommensneutralen Gegenfinanzierung schlagen wir eine Erhöhung und stärkere Differenzierung
233 des Spitzensteuersatzes im Sinne einer höheren Reichenbesteuerung vor, welche allerdings erst
234 oberhalb eines zu versteuernden Single-Einkommens von 100.000 Euro einsetzen soll.

235 Wir wollen die **Abgeltungsteuer** abschaffen und damit die steuerliche Bevorzugung von Kapital-
236 gegenüber Arbeitseinkommen beenden. Kapitaleinkünfte sollen wieder der individuellen Ein-
237 kommensteuer unterliegen. Dividenden unterliegen dann wieder dem Teileinkünfteverfahren. Wer in
238 der Einkommensteuer den Spitzensteuersatz zahlt, soll dies auch für seine Kapitaleinkünfte tun.

239 Wir wollen den **Solidaritätszuschlag** erhalten, dieser muss aber für die Zukunft neu ausgerichtet
240 werden. Ziel muss sein, finanzschwache Länder und Regionen zu unterstützen – und zwar
241 unabhängig von Himmelsrichtungen. Viele Kommunen leiden an maroder Infrastruktur, sowie hohen
242 Schuldenständen und Zinslasten, die für einen immensen Investitionsstau sorgen.

243 Wir wollen die **Abzugsfähigkeit von Gehältern** auf 500.000 Euro und von Abfindungen auf eine
244 Million Euro beschränken. So wird die Subventionierung von sehr hohen Vergütungen, Boni und
245 Abfindungen durch den Steuerzahler verhindert.

246 **Haushalte, die wenig Geld haben, stärken**

247 Wir prüfen Möglichkeiten, den Vermögensaufbau von geringer Verdienenden durch **Teilhabe an**
248 **Genossenschaften oder Bauvereinen** zu unterstützen. Die öffentliche Förderung der privaten
249 Altersvorsorge hat in der Vergangenheit Fehlallokationen zulasten der Geringverdiener*innen nach
250 sich gezogen. Wir wollen die **Riester-Rente** daher **grundlegend reformieren** und ein einfaches,
251 kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben
252 die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Damit unterstützen wir die Bürgerinnen und
253 Bürger beim Vermögensaufbau. Zudem wollen wir die **familienpolitischen Leistungen verbessern**.

254 **Vermögen angemessen besteuern**

255 Wir sehen die Notwendigkeit, mit einer **verfassungsfesten, ergiebigen und umsetzbaren**
256 **Vermögensbesteuerung** einer sich verstärkenden Vermögensungleichheit entgegen zu wirken und
257 die Mittel zu erwirtschaften, die für die Finanzierung von Maßnahmen zu mehr Chancengerechtigkeit
258 vor allem im Bildungsbereich notwendig sind. Derzeit werden hohe Vermögen in Deutschland sehr
259 gering besteuert. Das liegt zum einen daran, dass die Vermögensteuer nicht mehr erhoben wird. Zum
260 anderen wirkt die Erbschaftsteuer in ihrer jetzigen Form regressiv – je höher die Erbschaft oder
261 Schenkung, je niedriger die effektive Steuerbelastung.¹

¹ Die effektive Erbschaftsteuerlast betrug im Jahr 2014 bei Erwerben im Wert von 100.000 bis 200.000 Euro 17,3 Prozent, bei Erwerben im Wert von mehr als 20 Millionen Euro aber nur 7,8 Prozent - obwohl im

Die Ursache liegt darin, dass hohe Vermögensweitergaben häufig von der Steuer freigestellt werden, weil sie überproportional oft aus der Weitergabe von Betriebsvermögen bestehen und sie damit von der Steuer freigestellt werden können. Bei der Reform der Vermögensbesteuerung werden wir darauf achten, dass sie **unternehmerische Investitionsentscheidungen** möglichst wenig beeinflusst und gleichermaßen **Steuergestaltungen** weitgehend vermieden werden. Eine aus Verfassungs- und Gerechtigkeitsgründen problematische Unterscheidung verschiedener Vermögensarten wollen wir vermeiden.

Strittig: Wir streben die Wiederbelebung der **Vermögenssteuer** an. Eine gute Basis bietet dabei die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Januar 2016, die auch für mehrere Varianten von Steuersätzen und Freibeträgen das Einkommen schätzt. Die grüne Vermögenssteuer soll als Millionärsteuer ausgestaltet werden mit einem persönlichen Freibetrag von mindestens einer Million Euro. Der Steuersatz soll maximal 1 Prozent betragen und das Einkommen bei 10 Milliarden Euro liegen. Mit diesem Ansatz würden 99,8 Prozent des Einkommens vom reichsten 1 Prozent unserer Gesellschaft getragen werden. Steuerfrei bleiben die gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorgevermögen sowie die Altersrückstellungen im Rahmen von privaten Krankenversicherungen. Ausweichmöglichkeiten werden dadurch eingeschränkt, dass die Steuerpflicht an der Staatsangehörigkeit ansetzt, eine Verlagerung von Wohnsitz oder Vermögen ins Ausland reduziert deshalb die Steuerzahlung nicht.

Strittig: Für eine tatsächlich progressive Erbschaftsteuerbelastung halten wir eine **Erbschaftsteuer** mit einer einheitlichen und breiten Bemessungsgrundlage für alle Vermögensarten (synthetische Erbschaftsteuer) für notwendig, denn sie allein unterbindet die Gestaltung über unterschiedliche Vermögensarten. Mit moderaten Steuersätzen (Größenordnung 15 Prozent) und unter Beibehalt der aktuellen Freibeträge wird eine verfassungsfeste, progressive und für die Länderhaushalte ergiebige Vermögensbesteuerung erreicht. Mit einer verbindlich einzuräumenden Stundungsoption über einen angemessenen Zeitraum kann diese Steuer von jedem Unternehmenseigentümer getragen werden, ohne die Investitionsmöglichkeiten des Unternehmens einzuschränken.

Gegebenenfalls kann zu der Vermögensbesteuerung ergänzend ein Einkommen aus der Differenzierung und **Erhöhung des Spitzensteuersatzes** hinzukommen.

Grundsteuer stärker an Verkehrswerten orientieren. Die Grundsteuer wird aktuell nicht nach realistischen Werten und der realen Leistungsfähigkeit erhoben und ist damit verfassungsrechtlich problematisch. Wir wollen eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung, die stärker an den realen Verkehrswerten orientiert ist. Die bundesweit einheitliche Festlegung der Bemessungsgrundlage soll keine Erhöhung des Einkommens zum Ziel haben. Die Höhe der Besteuerung obliegt weiterhin den Kommunen durch die Festlegung der Hebesätze. Dabei müssen ökologische Fehlanreize vermieden werden.

Erbschaftsteuergesetz Steuersätze von bis zu 50 Prozent vorgesehen sind. Bei Schenkungen betrug die Steuerlast für Erwerbe von 100.000 bis 200.000 Euro 6,7 Prozent, bei Schenkungen über 20 Millionen Euro nur 0,4 Prozent.

297 **Steuergerechtigkeit und fairen Wettbewerb schaffen**

298 Im Dschungel des von Land zu Land unterschiedlichen Steuerrechts finden sich große Unternehmen
299 mit Hilfe von riesigen Steuerabteilungen und hochbezahlten Berater*innen viel besser zurecht als
300 kleinere und mittlere Unternehmen. Darum tragen große Unternehmen, gemessen an ihrer
301 Leistungsfähigkeit, in der Regel weniger zum Steueraufkommen und somit zur Finanzierung der
302 öffentlichen Daseinsvorsorge, von der sie profitieren, bei. Das **heutige Steuerrecht** wirkt somit
303 **wettbewerbsverzerrend**. Wir Grüne wollen darum ein Steuerrecht, das für große und kleine Firmen
304 fair ist und nicht unnötig Ressourcen verschlingt.

305 **Faire Besteuerung von Unternehmen in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt**

306 Wir streben eine grundlegende Reform der Besteuerung transnationaler Unternehmen an. Hierzu
307 sollen international agierende Unternehmen grundsätzlich bei der Besteuerung als eine
308 wirtschaftliche Einheit bewertet werden (**unitary taxation**). Darum wollen wir die **nächste Stufe**
309 **eines europäischen Unternehmenssteuerrechts** definieren und einführen, einschließlich
310 europäischer Mindeststeuersätze und einer harmonisierten Bemessungsgrundlage. Die EU muss
311 zudem **Sonderabsprachen** zwischen Ländern und einzelnen Konzernen beenden, indem sie diese
312 transparent macht. Dabei ist eine Differenzierung zwischen der verbindlichen Auskunft durch die
313 Steuerbehörden und Sonderabsprachen und –rabatten vorzunehmen. Bestehenden Sonder-
314 regelungen in einzelnen europäischen Ländern - sei es die Anonymität von Briefkastenfirmen von
315 Überseedepartements Großbritanniens, oder präferentielle Steuerregelungen wie **Lizenzboxen** u.a.
316 in den Niederlanden – müssen endlich abgebaut werden. Lizenzboxen in Deutschland dürfen nicht
317 eingeführt, vielmehr sollte eine Lizenzschranke eingezogen werden.

318 Ob Steuer-CDs, Aufdeckung der steuerlichen Sonderkonditionen (LuxLeaks) oder die Aufdeckung der
319 Briefkästen in Panama: nur durch mehr Transparenz und öffentlichen Druck haben sich die OECD-
320 Länder bereitgefunden, Steuergestaltung und Gewinnverlagerung einzudämmen. Deshalb fordern
321 wir schon seit vielen Jahren länderbezogene **Berichtspflichten** für große Unternehmen (**country-by-**
322 **country reporting**). Die Unternehmen sollen offenlegen, in welchen Ländern sie welche
323 Geschäftstätigkeiten ausüben und in welchen Ländern sie Steuern in welcher Höhe zahlen.
324 Deutschland soll dabei vorangehen und nicht internationale Vereinbarungen abwarten. Alle
325 Unternehmen, die in Deutschland Geschäfte machen, sollen verpflichtet werden, die
326 **Kernkennziffern** (wie Umsätze, Vermögensbestände, Arbeitnehmer, Löhne, Gewinne und
327 Steuerzahlungen) für ihren Gesamtkonzern und ggf. für wichtige Projekte bzw. Konzernteile nach
328 Ländern differenziert zu veröffentlichen.

329 Die Berichtspflicht zu den Finanzdaten muss ergänzt werden durch eine **regelmäßige**
330 **Berichterstattung zum ökologischen und sozialen Rahmen**, in denen die Unternehmen ihre
331 Geschäftstätigkeit in den jeweiligen Ländern ausüben. Ferner wollen wir ein **gemeinsames**
332 **europäisches, öffentlich einsehbares Transparenzregister** schaffen, das wirtschaftlich Berechtigte
333 von Unternehmen, Trusts und Stiftungen offenlegt und das Briefkastenunwesen in Europa beendet.

334 Infolge der Finanzkrise gab es einen breiten Konsens darüber, den Finanzsektor über eine
335 **Finanztransaktionssteuer** an den entstandenen Kosten zu beteiligen. Auch die Bundesregierung hatte

sich dazu verpflichtet, setzt sich aber in Brüssel nicht mit vollem Elan für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer ein. Wir wollen, dass Deutschland eine Finanztransaktionsteuer vorantreibt, die von allen Ländern der verstärkten Zusammenarbeit mitgetragen wird. Damit eine Finanztransaktionsteuer den Hochfrequenzhandel ohne volkswirtschaftlichen Nutzen und rein spekulative Transaktionen eindämmt, braucht sie eine breite Bemessungsgrundlage und muss neben dem Aktienhandel beispielsweise auch den Devisen- und Derivatehandel einbeziehen.

Wir wollen zudem eine **gute Steuergesetzgebung für kleine und mittlere Unternehmen**, ihre Innovationen mittels eines steuerlichen Forschungsbonus anreizen, die Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter erhöhen, ihre Gewinnthesaurierung attraktiver machen, sowie die Gewerbesteuer zur kommunalen Wirtschaftssteuer ausbauen. Um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten, schaffen wir außerdem Branchensubventionen wie z.B. bei der Umsatzsteuer für die Hotelbranche ab.

Schattenfinanzplätze ins Licht führen oder Marktzugang verweigern

Manche Menschen und Unternehmen machen nicht bei legaler Steuergestaltung halt, sondern rutschen in den grauen oder sogar schwarzen Bereich ab. Gegen Länder, die aggressive Steuergestaltung und –hinterziehung begünstigen, werden wir entschieden vorgehen. Unser Ziel ist es, das Briefkastenunwesen weltweit zu beenden. Wir setzen uns für die Erstellung einer **Schwarzen Liste von Schattenfinanzzentren** ein. Die nach dem Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz von 2009 vorgesehene nationale schwarze Liste hat die Bundesregierung bisher leer gelassen. Auch der EU-Kommission hat die Bundesregierung bisher kein einziges Land als „Steuersumpf“ gemeldet, während Spanien, Portugal und Griechenland mehr als 30 Staaten/Regionen als unkooperativ in Steuersachen gemeldet haben.

Noch immer verweigern zahlreiche Staaten gänzlich oder teilweise die Teilnahme am **automatischen Informationsaustausch** von Daten über Konteninformationen und werden somit Komplizen von Steuerhinterziehung oder Geldwäsche. Das gilt bspw. für die Übersee-Departments der europäischen Staaten genauso wie für die USA. Die USA ist bisher nicht bereit, die Regeln für US-Steuerbürger entsprechend FATCA gleichermaßen auch für die Steuerbürger anderer Staaten umzusetzen. Zur Durchsetzung der effektiven Bekämpfung von Schattenfinanzplätzen wollen wir auf europäischer Ebene eine **Strafabgabe gegen Banken** einführen, die Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen aus Staaten unterhalten, die nicht am automatischen Austausch steuerrelevanter Informationen teilnehmen oder auf einer schwarzen Liste stehen.

Entsprechend sind in Deutschland die Regelungen in dem **Steuerhinterziehungsgesetz** anzupassen, da hier noch immer an dem wirkungslosen Informationsaustausch auf Ersuchen festgehalten wird. Die Kopplung an den automatischen Informationsaustausch erzeugt zum einen öffentlichen Druck und zum anderen gibt es den Finanzbehörden steuerrechtliche Sanktionen gegen Personen an die Hand, die keine vollständige Transparenz bei ihren Geschäftsbeziehungen zu unkooperativen Staaten schaffen. Über diese Maßnahmen forcieren wir die internationale Teilnahme am automatischen Informationsaustausch. Am automatischen Informationsaustausch teilnehmende Länder sollen ihre Banken zudem verpflichten, keinerlei Konten zu führen, bei denen der wirtschaftliche Berechtigte unbekannt ist.

376 **Steuergesetze in Deutschland gleichmäßig durchsetzen**

377 Das Hase und Igel Spiel am Finanzplatz zeigt: Gesetze alleine reichen nicht aus, sie müssen auch
378 durchgesetzt werden. Was passiert, wenn Gesetze nicht angewandt werden, sehen wir aktuell beim
379 Cum-Ex-Skandal, der die Steuerzahler*innen geschätzte 12 Mrd. Euro gekostet hat. Auch bei den
380 Cum-Cum-Geschäften scheint das Gesetz nur beschränkt durchgesetzt zu werden. Außerdem müssen
381 ungewollte Gesetzeslücken rasch identifiziert und geschlossen werden.

382 Mit der Abschaffung der Abgeltungssteuer führen wir einen **automatischen Informationsaustausch**
383 **im Inland** ein und wollen die Einschränkungen bei der Ermittlungsbefugnis der Finanzbehörden in
384 Bezug auf Kapitalerträge und dafür §30a AO abschaffen. Damit die Steuerlast nicht durch die
385 Verlagerung von Vermögen oder Wohnsitz in Niedrigsteuerländer gemindert werden kann, muss bei
386 der Steuerpflicht auch an der Staatsangehörigkeit angesetzt werden.

387 Die Grenze zwischen legaler Steuergestaltung und Steuerhinterziehung wollen wir durch eine
388 **Anzeigepflicht für steuermindernde Steuergestaltungen** transparenter machen. Seit Jahren haben
389 einige Staaten gute Erfahrungen damit gemacht, die steuerberatende Branche mit einer solchen
390 Anzeigepflicht zu belegen. Steuergestaltungsangebote können so deutlich verringert und schwarze
391 Schafe bei Banken und Steuerberatern identifiziert werden. Verwaltung und Politik werden zudem in
392 die Lage versetzt, frühzeitig auf Risiken zu reagieren, Kund*innen werden vor windigen
393 Steuergestaltungsangeboten geschützt.

394 **Steuerverwaltung reformieren**

395 Immer noch arbeiten die 16 verschiedenen Steuerverwaltungen mit teilweise unterschiedlichen IT-
396 Systemen. Die Zusammenarbeit zwischen den 16 Ländern und dem Bund muss weiter verbessert
397 werden: **IT-Systeme** müssen vereinheitlicht und Qualitätsstandards müssen nachprüfbar und
398 nachvollziehbar sichergestellt werden. Dazu gehört auch eine angemessene **personelle wie**
399 **finanzielle Ausstattung**. Für besonders gelagerte Steuerhinterziehungsfälle bietet sich eine
400 **koordinierende Bundeszuständigkeit** an. So sind insbesondere grenzüberschreitende Großverfahren
401 wegen ihrer Komplexität für die Länder regelmäßig nur mit einem enorm hohen Personalaufwand zu
402 bewältigen. Hier gilt es, Ressourcen und Fachexpertise der Länder zu bündeln, um die großen
403 internationalen Fälle von Steuerkriminalität in der gebotenen zeitlichen Straffung und Intensität
404 aufzudecken.

405 Darüber hinaus halten wir auch bei der Veranlagung und Prüfung von großen Konzernen und
406 Einkommensmillionären eine neu zu schaffende **Spezialeinheit auf Bundesebene** bzw. eine
407 Ausweitung des Bundeszentralamts für Steuern (BZSt) für sinnvoll (ggf. in Zusammenarbeit mit den
408 Ländern). Viele OECD-Länder haben bereits vergleichbare Spezialeinheiten geschaffen. Das BZSt
409 würde hier das vorhandene Fachwissen der einzelnen Finanzverwaltungen der Länder bündeln und
410 nationale wie internationale Steuergestaltungsmöglichkeiten bundeseinheitlich analysieren.

411 Eine entsprechend ausgestattete Spezialeinheit ist die Voraussetzung dafür, eine intensive und
412 einheitliche Prüfung von Konzernen und Einkommensmillionären, unabhängig von Sitz oder Wohnort
413 zu gewährleisten. Dies erfordert eine klare Abgrenzung zwischen großen und kleinen Steuerzahlern
414 bzw. Unternehmen, eine Beibehaltung der gegenwärtigen Einnahmeverteilung sowie eine Über-

415 windung der vorhandenen Defizite beim Bundeszentralamt für Steuern wie sie etwa beim Thema
416 Cum-Ex sichtbar werden.

417 **Kinder in den Mittelpunkt der Familienförderung stellen**

418 Die Kinder- und Familienförderung ist gegenwärtig weder fair noch effizient. Jedes fünfte Kind in
419 Deutschland lebt in einer Familie, die arm oder von Armut bedroht ist. Das größte **Armutsrisiko**
420 haben Alleinerziehende und ihre Kinder.

421 Das heutige System des steuerlichen Familienlastenausgleichs ist nicht zielgenau. Die Kombination
422 aus Kindergeld, Kinderfreibeträgen, Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende und Steuerfreibeträgen,
423 etwa für Betreuung und Ausbildung wirken so, dass die Kinder aus Familien mit hohen und sehr
424 hohen Einkommen stärker gefördert werden als die Kinder aus der Mittelschicht. Dazu kommt: Eine
425 sozial ausgewogene Familienförderung, die allen Familien unabhängig von ihrer rechtlichen
426 Verbindung zugutekommt, kann mit dem Ehegattensplitting nicht erreicht werden. Wir setzen uns
427 für bessere Wege ein, um alle Kinder und Eltern adäquat zu unterstützen.

428 Neben **Veränderungen im Steuersystem** braucht es darüber hinaus auch Verbesserungen in anderen
429 Bereichen. Bessere **Angebote bei Kinderbetreuung und -erziehung** gehören für uns zwingend zum
430 Konzept. Wir wollen einen **Rechtsanspruch** auf einen Ganztagsplatz in Kitas für alle Kinder ab dem
431 vollendeten ersten Lebensjahr und einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen. Menschen
432 sollen die Möglichkeit haben, ihre **Arbeitszeit flexibel** reduzieren zu können, wenn Familien-
433 angehörige phasenweise mehr Unterstützung brauchen. Es geht uns außerdem darum, die **Gleich-**
434 **stellung in der Partnerschaft** zu stärken. Wir brauchen Rahmenbedingen, die sicherstellen, dass es
435 sich für Frauen lohnt, **eigenständig abgesichert** zu sein und mehr als geringfügig zu arbeiten. Jeder
436 verdiente Euro soll sich positiv auswirken.

437 **Übernahme von Verantwortung in Partnerschaften unterstützen**

438 Derzeit ist die steuerliche Förderung stark auf das Modell der arbeitsteiligen Ehe ausgerichtet. Wenn
439 eine Person mehr verdient als die andere führt das Ehegattensplitting zu einer Verbesserung der
440 wirtschaftlichen Lage. Diese kurzfristigen finanziellen Vorteile verdecken jedoch die längerfristigen
441 Nachteile. Denn über den gesamten Lebensverlauf hinweg erschwert diese Art der Arbeitsteilung
442 Frauen die Rückkehr in reguläre Beschäftigung und führt damit auch für Haushalt und Familie zu
443 wirtschaftlichen Verlusten, die durch das Splitting nicht kompensiert werden. Eine Mehrheit der
444 Eltern mit Kindern unter drei Jahren fände es ideal, wenn sich beide gleichermaßen in Familie und
445 Beruf einbringen. Tatsächlich tut dies aber nur ein Bruchteil. Diese gleichberechtigte Aufteilung von
446 Erwerbs- und Familienarbeit wird durch die bestehende Besteuerung behindert.

447 Um eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu unterstützen, um die ungleiche steuerliche
448 Behandlung von heute gelebten Familienformen zu beenden und um Frauen und Männer in ihrem
449 Wunsch zu unterstützen, sich die Sorge für ihre Kinder und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu
450 teilen, wollen wir zur individuellen Besteuerung übergehen.

In der Diskussion sind drei Varianten, wie der **Übergang vom Ehegattensplitting zur Individualbesteuerung** gestaltet werden kann. Für alle Varianten gilt: Ehe- und Lebenspartner*innen übernehmen in vielfältiger Weise Verantwortung füreinander. Diesen Umstand wollen wir weiter berücksichtigen. Um die Übernahme von Verantwortung in Partnerschaften zu unterstützen, sollen Aufwendungen für den Lebensunterhalt daher zumindest in Höhe des Grundfreibetrags steuerfrei gestellt werden, zudem Beiträge zur Altersvorsorge oder Krankenversicherung, die für den oder die Partner*in verpflichtend zu übernehmen sind. Es könnte darüber hinaus sinnvoll sein, auch freiwillige Beiträge für die Altersvorsorge oder die Krankenversicherung anzuerkennen. Dazu wollen wir der gemeinsamen Lebensgestaltung und gemeinsamen Verbindlichkeiten in Partnerschaften gerecht werden: Wenn beide Eltern arbeiten, entstehen beispielsweise Kosten für die Betreuung der Kinder. Diese gemeinsamen Aufwendungen sollen zugunsten beider Eltern steuerlich absetzbar sein.

Variante 1: Das neue Recht – die Individualbesteuerung - soll Schritt für Schritt eingeführt werden. Wir denken an einen Übergangszeitraum von 10 bis 15 Jahren, in dem sich alle Paare auf das neue Recht einstellen können.

Variante 2: Für Paare, die nach einer Reform heiraten oder sich verpartnern, gilt das neue Recht. Für Paare, die verheiratet sind, wird die Individualbesteuerung schrittweise in einem Übergangszeitraum von 10 bis 15 Jahren eingeführt.

Variante 3: Für Paare, die nach einer Reform heiraten oder sich verpartnern, gilt das neue Recht. Für Paare, die verheiratet oder verpartnert sind, bleibt das alte Recht mit Ehegattensplitting bestehen.

Mehr als geringfügige Arbeit begünstigen

Es muss sich für Frauen lohnen, wenn sie mehr als geringfügig arbeiten. Die **Minijobs** sollten so reformiert werden, dass die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben ab 451 Euro nicht sprunghaft ansteigt. Jeder zusätzlich verdiente Euro soll sich lohnen. Um die Belastung beim Übergang in eine reguläre Beschäftigung zu mildern, könnte auch eine **Zweitverdiener*innengutschrift** sinnvoll sein. Diese könnte zum Beispiel mit zunehmenden Einkommen des Zweitverdieners auf maximal 150 Euro ansteigen und wird dann wieder bis zur Erreichung einer Höchsteinkommengrenze abgeschmolzen.

Derzeit wird der Übergang in reguläre Beschäftigung zudem durch die **Lohnsteuerklasse V** erschwert. In dieser Steuerklasse ist die Lohnsteuer schon bei geringen Verdiensten sehr hoch, so dass sich vor allem für Frauen die Frage stellt, ob sich die Erwerbstätigkeit jenseits eines Minijobs überhaupt lohnt. Die Lohnsteuerklasse V sollte deshalb gestrichen und durch das Faktorverfahren ersetzt werden.

Materielle Unterstützung von Kindern und Familien verbessern

In Deutschland gibt es eine Vielzahl von finanziellen Leistungen für Kinder. Trotzdem sind Kinder und ihre Familien in unserem Land überdurchschnittlich von Armut bedroht. Viele Eltern können die Mindestbedarfe ihrer Kinder, etwa Wohnung und Essen, nur durch staatliche Fürsorge-Leistungen decken. Vor allem Alleinerziehende und Haushalte mit vielen Kindern benötigen für ihren Lebensunterhalt oft Grundsicherung.

487 Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen garantieren, dass sie gut aufwachsen und gedeihen
488 können – unabhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Dafür braucht es eine
489 effektive Strategie, die **unterstützende Infrastruktur** und **Geldleistungen** klug kombiniert. Dabei
490 muss sichergestellt werden, dass Kinder die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, zumindest die
491 Kinder deren Eltern ihre Bedarfe nicht aus eigener Kraft decken können. Die **Regelbedarfe** für Kinder
492 (und ihre Eltern) müssen so angepasst werden, dass sie den Bedarf tatsächlich decken. Die **Förderung**
493 **von Kindern und Familien** muss **einfacher und übersichtlicher** werden. Heute erhalten viele Familien
494 nicht die Leistungen, die ihnen zustehen, weil sie nicht um ihre Rechte wissen oder die komplizierte
495 Beantragung scheuen. Deshalb sollten Leistungen für Familien soweit wie möglich zusammengefasst
496 werden.

497 Mit der Kindergrundsicherung und dem KindergeldBonus prüft die grüne Bundestagsfraktion zwei
498 Ansätze auf diesem Weg der Reform der materiellen Unterstützung von Kindern und diskutieren, wie
499 Reformen der Besteuerung von Ehe und Partnerschaften mit Reformen der Förderung von Kindern
500 optimal verbunden werden können:

501 **Teilhabe-Fond.** Beide Ansätze haben gemeinsam, dass ein Teil der Bedarfe auf „Bildung und
502 Teilhabe“ künftig in Form von frei zugänglichen Angeboten in öffentlichen Einrichtungen (Lern-
503 förderung, Mittagessen, Kultur und Vereine etc.) erbracht wird.

504 **Kindergrundsicherung.** Bei der Kindergrundsicherung hat die Gleichstellung der Kinder Vorrang. Das
505 heißt, jedes Kind hat künftig Anspruch auf die gleiche materielle Förderung. Eltern mit höheren
506 Einkommen erhalten derzeit über die Kinderfreibeträge vom Staat eine höhere Unterstützung für ihr
507 Kind als Eltern mit Anspruch auf Kindergeld. Durch die Kindergrundsicherung sollen Kindergeld,
508 Kinderfreibeträge und Kinderregelsatz zu einer Leistung zusammenfasst werden.

509 Eine solche Reform könnte mit den Stichtagsvarianten der Reformmodelle fürs Ehegattensplitting
510 kombiniert werden, indem es für Alt-Ehen eine Wahlmöglichkeit zwischen dem alten
511 Ehegattensplitting mit Kinderfreibeträgen und Kindergeld und der Individualbesteuerung mit
512 Kindergrundsicherung gibt.

513 **KindergeldBonus.** Der KindergeldBonus sieht im ersten Schritt vorrangig eine deutlich höhere
514 Unterstützung für Kinder von Familien im unteren bis mittleren Einkommensbereich vor. Der
515 KindergeldBonus soll das sächliche Existenzminimum des Kindes gewährleisten und quasi-
516 automatisch ausgezahlt werden. Familien, die ohne den KindergeldBonus auf Hartz IV angewiesen
517 wären und jene, die nur knapp mehr als die Leistungen aus Hartz IV zur Verfügung haben, erhalten
518 die volle Auszahlung..

519 Alleinerziehende sollen den Kindergeld-Bonus ohne Einkommensanrechnung erhalten können, wenn
520 der unterhaltspflichtige Elternteil keinen Unterhalt leistet. Dadurch würde der Unterhaltsvorschuss
521 mit seinen Beschränkungen auf maximal sechs Jahre Bezug und nur bis zum zwölften Lebensjahr
522 entbehrlich. Kinder Alleinerziehender, die den Kindergeld-Bonus erhalten, sollen außerdem genauso
523 gut dastehen, wie Kinder, die Unterhalt erhalten. Das Kindergeld soll darum nur zur Hälfte auf den
524 Bonus angerechnet werden.

525 Mitglieder der Koordinierungsgruppe Finanz- und Steuerpolitik

- 526 • Dr. Simone Peter (Bundesvorsitzende und Leiterin der Koordinierungsgruppe Finanz- und
527 Steuerpolitik)
- 528 • Kerstin Andreae MdB (stellv. Fraktionsvorsitzende)
- 529 • Sigrid Erfurth MdL (Hessen, Sprecherin für Finanzpolitik, Datenschutz und Kommunales)
- 530 • Dr. Thomas Gambke MdB (Mittelstandsbeauftragter der grünen Bundestagsfraktion)
- 531 • Sven-Christian Giegold MdEP (finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher Die Grünen/EFA)
- 532 • Anja Hajduk MdB (parlamentarische Geschäftsführerin)
- 533 • Monika Heinold (Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein)
- 534 • Sven Kindler MdB (Sprecher für Haushaltspolitik)
- 535 • Daniel Köbler MdL (Rheinland-Pfalz, Sprecher für Finanzen, Soziales und Arbeit, Gesundheit
536 und Pflege, Familie, frühkindliche Bildung, Integration und Verbraucherschutz)
- 537 • Silke Krebs (Baden-Württemberg, Mitglied Koordinierungsgruppe Finanz- und Steuerpolitik
538 bis März 2016)
- 539 • Andrea Lindlohr MdL (Baden-Württemberg, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und
540 wirtschaftspolitische Sprecherin)
- 541 • Karoline Linnert (Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen)
- 542 • Max Löffler (Sprecher Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen)
- 543 • Lisa Paus MdB (Sprecherin für Steuerpolitik)
- 544 • Dr. Gerhard Schick MdB (Sprecher für Finanzpolitik)